

# Volks-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Volks-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der im voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Monatlicher Bezugspreis frei Haus vier Goldmark. Bezugsbedingungen sind stets nur bei Feilbietung für die gesamte Wochenschrift. Inhalt der Anzeigen-Angebote: Jede Wochenschrift

Die Anzeigen werden nach Reihenfolge des Druckens, die Preise sind freibleibend. Verlagspreis: Drei Dramen 14 u. 10. Jede Zeile 1000 Zeichen. Druckpreis: 1000 Zeichen 140. Druck- und Anzeigenpreis: 1000 Zeichen 140. Druck- und Anzeigenpreis: 1000 Zeichen 140. Druck- und Anzeigenpreis: 1000 Zeichen 140.

### Vor der Entscheidung.

#### Ein Vertrauensvotum gefordert.

Die Reichstagsabstimmung am Freitag.

Berlin, 23. November. Nach Beginn der heutigen Reichstagsabstimmung wurden zuerst einige unwichtige Punkte erledigt. Daraufhin wurde in die Fortsetzung der politischen Aussprache eingetreten. Reichstagspräsident Dr. Stresemann erklärte, daß er, nachdem eine Einbringung eines motivierten Vertrauensvotums der Sozialdemokraten eine klare ungetriggerte Entscheidung ermöglichen lasse, die ihm nachstehenden Parteien bitte, ein Vertrauensvotum einzubringen, um eine klare Entscheidung herbeizuführen. Dr. Schöps (Deutsche Volkspartei) beantragte hierauf:

Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag spricht der Regierung das Vertrauen aus.

Der Vertrauensantrag wurde von der Volkspartei, den Demokraten und dem Zentrum gestellt. Abg. Müller-Franzen (Sozialdemokrat) erklärte, daß es der sozialdemokratischen Fraktion nur darauf ankomme sei, der Regierung mitzuteilen, aus welchen Gründen sie zur Regierung kein Vertrauen haben könne. In einer nachmaligen Erklärung weist Reichstagspräsident Dr. Stresemann darauf hin, daß er nur deshalb ein ausgesprochenes Vertrauensvotum haben wolle, weil er sich dagegen wende, wie es in verschiedenen Zeitungen gefordert wurde, daß die Regierung etwa auf Grund verschiedener vorliegenden Parteien unterstützten Mißtrauensanträge ohne besonderes Vertrauensvotum weiterregiere. Darauf erhielt der Abg. Eitel (Dnm.) das Wort zur weiteren politischen Aussprache. Er führte dabei u. a. aus: Seitdem ein Parlamentarier in so offener und ignominischer Weise von der Tribüne Sondersatz betreiben, wie gestern der deutschpöpstliche Abgeordnete von Graef. (Lebhaftes Zustimmung in der Mitte und links.) Die französische Politik hat von jeher die Zerstückelung des Deutschen Reiches als ihr Ziel verfolgt. Der Redner behauptet die Ende der großen Koalition, ohne die überhaupt nichts gefestigt werden könnte, und erklärt, daß die Demokraten hinter der Regierung stehen. Abg. Roemer (Komm.) protestiert zur Geschäftsordnung gegen das

Verbot der Kommunistischen Partei

und beantragt, daß das Haus sofort dazu Stellung nehme und die Aufhebung des Verbots beschliesse. Präsident Ebelke hielt, daß gegen die Verkündung des Antrages mit der politischen Aussprache kein Widerspruch erhoben werde, dieser Antrag also angenommen sei. Abg. Reichen (Bayerische W.) mahnt zur Ruhe und Besonnenheit in dieser schweren Zeit. Man müsse nicht auf die Volkspöpsterei, sondern auf die Volkspöpsterei achten. Redner bespricht dann die Vorgänge in Berlin. (Die Verhandlung dauert bei Redaktionsstillstand fort.)

Berlin, 23. November. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat nach Schluß der gestrigen Plenarsitzung noch zu einer Fraktionsversammlung zusammen, die bis 11 Uhr dauerte. Sie beschloß, folgendes Vertrauensvotum einzubringen:

Die Reichsregierung hat den militärischen Ausnahmezustand in Sachsen und Thüringen, ohne daß hierfür sachliche Gründe vorliegen, in starker Form angewandt, gegen die verfassungsmäßigen Zustände in Bayern aber nichts Entscheidendes getan. Sie hat daher nicht das Vertrauen des Reichstages.

Berlin, 23. November. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: „Die Regierung hat nicht das Vertrauen des Reichstages.“ Von dem Reichstag der Sozialdemokratie ist der Reichstagspräsident noch gestern abend verständigt worden.

#### Verbot der radikalen Parteien.

Berlin, 23. November. Der Chef der Sekretariate, General von Seufft, hat die deutschpöpstliche Partei, die kommunistische Partei und die Nationalsozialistische Partei für das ganze Reich verboten.

#### Frankreichs Baillen.

Belgrad, 23. November. Mit Bezug auf die Rückkehr des früheren Kronprinzen nach Deutschland und die internationalisierte Militärkontrolle in Deutschland beschloß die jugoslawische Regierung, sich die französische Hilfe zu eigen zu machen.

Warschau, 23. November. In der Sejmkommission für äußere Angelegenheiten brachte der Minister des Auswärtigen Dmowski zum Ausdruck, daß die internationale Militärkontrolle in Deutschland für Frankreich und Belgien sehr wichtig, aber noch viel wichtiger für Polen sei, weil bei Ausbruch von Unruhen in Deutschland Polen unmittelbar in Gefahr geraten könnte.

Belgrad, 23. November. Selbstmord wird der Presse bekanntgegeben, daß die Außenminister der Kleinen Entente am 11. Jan. 1924 in Belgrad zusammenzutreten werden. Von der Hochkommission wird Bericht hier eintreffen. Als Vertreter Rumäniens wird Ducos und als solcher Jugoslawiens Antikofsky genannt. Der Belgischer politische Berater Drenth wird gleichfalls an den Verhandlungen der Konferenz teilnehmen. Nach vorläufigen Angaben

der halsamtlichen jugoslawischen Kreise verläßt diese Konferenz am Abend, die Politik der Kleinen Entente mit Hinblick auf Ungarn, Deutschland und Russland klar zu umschreiben.

#### Poincaré's „Konzeption“.

Die Pariser Presse zum Entschluß der Wochensitzung. Paris, 22. November. Die Pariser Presse veröffentlicht heute die beiden Seiten der Wochensitzung. In den Kommentaren vertritt sie sich auffallend heftig, indem gewisse Blätter nicht den Versuch machen, die erzielte Verständigung als einen Erfolg darzustellen zu suchen. Die Tageszeitung dieser Verständigung wird darin erklärt, daß Frankreich und England einen gemeinsamen Schritt in Berlin tun. Es wird daran erinnert, daß die Deutschen sich bei einer solchen Gelegenheit bisher stets unterwarfen.

Paris, 23. November. Im nationalpolitischen Lager ist man mit Poincaré infolge seiner verschiedenen Konzeptionen an den englischen Bundesgenossen sehr unzufrieden. Darüber unternimmt einen heftigen Angriff auf den französischen Ministerpräsidenten. Er lehnt die Entscheidung der Kohlenkommission ab, die Frankreich den Erlaßnis dar, seine Grenzen ohne Hinzuziehen zu öffnen und den Krieg vorzubereiten. Wenn man unsere Zeitungen liest, möchte man meinen, daß Poincaré unpfehllich merkt, daß die Kontrollkommission in Deutschland zu funktionieren aufhören wird. Das ist aber unrichtig. Bereits im vergangenen Jahre wollte er nicht, daß man ihm von dieser Kommission spreche, weil er sehr wohl wußte, daß sie nur Scheitern für sich zu wünschen, daß man die Gesandtschaften nicht aufbringen, weil er nämlich wußte, daß die Kommission überaus nicht mehr funktionieren wird. Um nun den Eid seines angeblichen Sieges Frankreich hat 1923 2 1/2 Millionen Tonnen Kohle weniger von Deutschland erhalten - jeden Schichten zu verbrennen, wobei Poincaré seinen Beamten, von der Deutschen Entlassung zu reden. So hat man zum Januar die Kohlen Frankreich vorhergehend, daß Deutschland nicht mehr über die Kohlen in den Handel zu handeln. Die Preisfrage ist jedoch ein jammertliches Resultat, wenn man in nicht ganz zwei Jahren die Reparationsentnahmen herabzusetzen, sowie die Kontrolle der deutschen Leistungen aufzuheben und den Kronprinzen in sein Vaterland zurückzubringen verstand.

#### Verbot der Kohlenlieferungen an Neutrale?

Köln, 23. November. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus dem Ruhrgebiet, den für Holland und Italien Liefernden Jochen für den französischen Agentenkommission mitgeteilt worden, daß mit sofortiger Wirkung jede Lieferung von Kohlen oder Kohlen erzeugnissen für das neutrale Ausland verboten bzw. einzuhalten sei. Jede Förderung von Kohlen für das neutrale Ausland oder jeder Versuch der Lieferung wird mit schweren Strafen bedroht.

#### Beilegung der Kohlenwirtschaftsstellen.

Berlin, 22. November. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat in einer Verfügung den Abbau und die baldige Beilegung der Kohlenwirtschaftsstellen in Aussicht gestellt. Seine Mitteilung lautet: Die Preussische Landesoberbehörde hat den Abbau der Kohlenwirtschaftsstellen seit langem im Augenmerk zugewendet und daher seit mehr als Jahresfrist die Zahl der Angestellten dieser Stellen dauernd, soweit dies möglich war, vermindert. Als nach Einführung der Goldmarkenwertpreise erwidelt wurde, daß denjenigen Beschäftigten, die über die erforderlichen Mittel verfügen, die gewöhnlichen Kohlenpreisen zugewiesen wurden und damit die Frage der Brennholzbeschaffung mehr und mehr eine Kreditfrage wurde, daß die Landesoberbehörde mit meiner Zustimmung dem Herrn Reichswirtschaftsminister einen Plan über den Abbau der Kohlenwirtschaftsstellen vorgelegt, den dann der Reichswirtschaftsminister zur Grundlage für die von ihm mit den Reichstagen geführten Verhandlungen genommen hat. Die dem Plan nachkommend, wird die Landesoberbehörde zum 31. Dezember d. J. den größten Teil der Angestellten der Kohlenwirtschaftsstellen kündigen und den Rest zum 1. April 1924 entlassen. Damit werden die Kohlenwirtschaftsstellen vollständig aufgehoben sein.

Die Beamtensabbauverordnung in Preußen juristisch. Der von hiesigen Verfassern des preussischen Landtages mit der Regierung der Beamtensabbauverordnung beauftragte Untersuchungsausschuß stimmte grundsätzlich einem deutschnationalen Antrage zu, demzufolge zur Sicherung, daß die Entlassung nicht durch politische oder konfessionelle Gründe beeinflusst werden darf, ein unabhängiges Kontrollorgan geschaffen werden soll. Zu bekannt wurde, daß die Verordnung des Reiches im Sinne einer Wahrung der verfassungsmäßigen Beamtenrechte zu ändern, während ein Antrag der Sozialdemokraten die Verordnung überhaupt aufheben will, hat das preussische Staatsministerium am Donnerstag morgen im Austausch mitteilen lassen, daß das Staatsministerium den Entwurf für Preußen vorläufig zurücksetzt.

Die Abnahme im Kohlenbergbau. Am Kohlenbergbau wurden für die Wohnzwecke vom 19. bis 26. November 1923 die Durchschnittsarbeitsleistung einschließlich der Hausbrand- und Kaminheildungen durch einen vom Reichswirtschaftsministerium eingesetzten Schlichtungsausschuß festgelegt. Sie betragen für den Ruhrgebiet 430 Goldmark, für den oberflächlichen Steinkohlenbergbau 270 Goldmark und für den unterflächlichen Steinkohlenbergbau 270 Goldmark. Ferner steht der Schlichtspruch für jede in der vorerwähnten Wohnzwecke geführte Schicht eine besondere Wertungszulage vor, die durchschnittlich für den Ruhrbergbau 420 bzw. 630, für den oberflächlichen Kohlenbergbau 400 und für den unterflächlichen Kohlenbergbau 405 Milliarden Mark beträgt.

#### Die Kanzlerrede.

Der Verlauf der Reichstagsabstimmung am Donnerstag.

Berlin, 22. November. Der gewaltige Andrang von Schaulustigen auch zur Donnerstagabstimmung machte teilweise darauf juristisch sein, daß man einer Neuaufgabe des kommunikativen Spektakels durch den Reichstagspräsidenten hätte diesmal durchgegriffen: der Reichstagspräsident, dem die Rede am 20. Sitzungstage von den Verhandlungen des Plenums und der Ausschüsse ausgeschlossen. Eine Feststellung, die von den Parteien der rechten Seite mit wildem Lärm, von den anderen Parteien aber mit Stillsitzen entgegengenommen wurde. Präsident Ebelke ergriff im Anfang hierauf für angeblich, gemäß verfassungsmäßigen Elementen zu befristeten, was er „die größtmögliche Herabsetzung“ der parlamentarischen Ordnung, die entscheidende Maßnahmen herauszubringen, vertritt. Ein hingänglicher Erwartung hat es also nicht gefehlt. Ob die befristet wird, bleibt unabsehbar. Die wilden Gezeiten befristeten sich am Donnerstagabend darauf, den Reichstagspräsident Dr. Stresemann, als er zu reden begann, mit einem althergebrachten Schmähwort zu bedenten. Der Kanzler nahm in normischer Ruhe, voller Schlichtheit und mit der bekannten dialektischen Gemächtheit Stellung zu den Vorwürfen der beiden Oppositionsfraktionen Weis (Soj.) und Herz (Dnl.), vornehmlich die Tatsache unterrichtend, daß die Regierung einer Entscheidung über ihr Sein oder Nichtsein nicht nur nicht ausweicht, sondern sie mit möglichster Beschleunigung im Interesse von Land und Volk herbeizuführen wird. Dann entwarf der Kanzler, mehrheitlich in der Form und christlich-läuslich im Inhalt ein Bild seiner Politik. Nach ihm der Reichswirtschaftsminister Dr. Luther, der die Notwendigkeit einer Umwandlung unseres Steuerwesens herbeizuführen und dem bedrängten Steuerzahler teils das Mehr erleichtert durch Antikindigung von Reformen, teils es ihm beschweren: Schärfe Erhaltung, Steuern in Goldmark, neue Steuerentwürfe. Den langen, langen Abschlus der gestrigen Debatte bildeten Parteien und allerhand politischer Kleintanz, der den Deutschen Reichstag so zeigte, wie er ist: unfähig die politische Lage zu meistern und unfähig der deutschen Not gerecht zu werden.

Berlin, 22. November. Die Tribünen sind überfüllt, die Minister der Reichsregierung, welche aber große Eilen auf die Reichstagsabstimmung. Reichstagspräsident Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Jarres, Finanzminister Dr. Luther, Minister für die besetzten Gebiete usw. Arbeitsminister Dr. Brauns, Gesundheitsminister Herz, Reichstagspräsident Ebelke eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Min. und erklärt zum Alle Remmele: „Aus Grund des § 91 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen zur Kenntnis, daß der Abg. Reimer, welcher seinen Anwesenheitsbescheid am Donnerstag, den 22. November zu folgen, am 20. Sitzungstage von der Teilnahme an den Plenarsitzungen und den Sitzungen der Ausschüsse ausgeschlossen ist.“ (Lärm b. d. Komm.) Der Präsident erteilt darauf das Wort dem Reichstagspräsident Dr. Stresemann, der von den Kommunisten mit dem persönlichen Ruf: Reichstagspräsident empfangen wird. Reichstagspräsident Dr. Stresemann: Die Abge. Herz und Weis haben ihr Bedauern darüber ausgedrückt, daß der Reichstagspräsident diese Debatte nicht eröffnet hat. Sie haben daraus ausermißen, daß die Regierung, als wenn die Reichsregierung dadurch, daß sie nicht eine Regierungserklärung zu Beginn der Sitzung abgibt, sondern in die politische Aussprache eingreift, die Absicht hätte, sich der Vertrauensfrage zu entziehen, die für die Fortdauer einer Regierung notwendig ist. In Bezug auf das Recht des Parlamentes, Mißtrauens- oder Vertrauensvotum zu erteilen, besteht kein Unterschied.

Die Reichsregierung weist dieser Entscheidung nicht aus, sondern sie führt die Entscheidung selbst als möglich herbeizuführen, da das Land die Entscheidung über die Angelegenheiten der Reichsregierung klare Verhältnisse möglich werden müssen.

Poincaré, der es fertig gebracht, in fortgesetzter Konsequenz die Grundlagen für die gesamte politische und soziale Zerstückelung Deutschlands zu schaffen. Er ist es, der die deutsche Nation in sich selbst teilen will. Die Kommunisten sind keine Feinde aus dem Land des Volkes, der Rechtsradikalismus aus der Politik der Fortschrittlichkeit, die Regierung aus dem Land, den bisherige deutsche Regierung ausgelehrt man. Wenn man glaubt, daß das konstitutionelle Leben Deutschlands in der Auflösung herfallen sei, so ist das gerade die Wirkung dieser Politik. (Lärmende Zwischenrufe b. d. Komm.) Das Parlament hat es fertig fertig gemacht, wenn (den Kommunisten gewendet) seine Mitglieder die Erklärung vor dem Parlament selbst untertragen. (Große lärmende Zwischenrufe b. d. Tribünen) Abg. Herz hat gesagt, daß die aus der Politik der Reichsregierung ein einziger Akt der Verfassung geworden sei. Die innere Lage ist hoffnungslos. Auch ich habe keinen Plan, vorläufig diese trostlose Lage zu heilen. Der Redner wendet sich gegen den Vorwurf, daß die Regierung mit Frankreich Verhandlungen verliert habe und erklärt, daß

Rein und Recht viel zu wertvoll seien, als daß nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft werden müßten, ehe eine Konferenz einberufen werden.

Auch er sei nicht von arundolem Optimismus getrieben gewesen und habe seiner Skepsis bei der Aufgabe des politischen Widerstandes Ausdruck gegeben. Der rühmliche Vorwurf, der Kanzler befristet den erneuten Versuch, des Reparationsproblems in einer internationalen Sachverständigenkonferenz zu lösen, Deutschlands ist die offene Wunde am Körper Europas. Der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa, von dem der Abgeordnete Weis sprach, ist zu eng gefaßt. Wenn in Europa vom Rhein bis zum Ural nur launische Vögel leben, so muß das die gesamte Weltwirtschaft seine Niedrigkeit haben. Der Erfolg ist daher nicht nur eine deutsche Sorge. Wir müssen versuchen, aus eigener Kraft zu heilen. Die Verhandlungen sind zu lang und die Welt nicht über den Grad des Elends in Deutschland befähigt hat. Die darstellende Meinung anderer Völker kann das deutsche Elend nicht heilen. Der Redner sagt allen herzlich Dank, die sich der deutschen Not angenommen haben. (Lobheller Dank, die sich der deutschen Not angenommen haben.)









